



---

## Ausschuß für Innere Verwaltung

42. Sitzung (nicht öffentlich)

12. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Öffentliche Anhörung am 26. November dieses Jahres

1

*(s. Diskussionsteil)*

b) Zu Tagesordnungspunkt 5 "Demonstration zur NPD-Kundgebung in Bonn am 24.10.1998" - Abschließender Bericht des Ministers für Inneres und Justiz

1

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu behandeln, wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)** 2

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300 und 12/3400  
Einzelplan 03 - Bereich Inneres -

Vorlagen 12/2213, 12/2265, 12/2320 und 12/2334  
Zuschriften 12/2200, 12/2108, 12/2154, 12/2178, 12/2278, 12/2279,  
12/2321, 12/2331, 12/2332 und 12/2344

Der Ausschuß diskutiert zu den Stichworten:

- massive Kürzung der Mittel für die soziale Betreuung von Flüchtlingen
- Kürzung der Mittel für die Zentralen Ausländerbehörden
- Auswirkungen der beim Verfassungsgerichtshof anhängigen Klage der CDU-Fraktion gegen die Zusammenlegung der Ressorts Inneres und Justiz auf den Etat
- Reduzierung der Zahl der Ausbildungsstellen und der Beamten im Vorbereitungsdienst
- Kürzung der sächlichen Verwaltungsausgaben für die Steuerungsgruppe Verwaltungsstrukturreform
- Anschaffung neuen Fluggerätes
- Budgetbehörden
- Baukosten für Polizeiausbildungsinstitut

**2 Kindesmißbrauch und Kinderpornographie müssen als Verbrechen geächtet, effektiver verfolgt und wirksam bestraft werden** 6

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/3404

Die Fraktionen benennen je ein Mitglied, daß die vom federführenden Hauptausschuß für Januar geplante Anhörung inso-

fern begleiten soll, als es die Vorschläge des Innenausschusses betreffend Sachverständige und Fragen einbringen möge.

Die SPD-Fraktion benennt Svenja Schulze, die CDU-Fraktion Theodor Kruse und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Roland Appel.

**3 Nutzung der Möglichkeiten der IT-Verfahren bzw. der IuK-Technik im Geschäftsbereich Inneres und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz**

7

Information 12/675

Der Vorsitzende will diesen Punkt, wenn es die Tagesordnung für die Sitzung am 26. November zuläßt, dann für die Beratung des Ausschusses vorsehen.

**4 Erste Bilanz und bisherige Erfahrungen mit dem Drei-Säulen-Modell im Bereich der Polizei**

7

Vorlage 12/2187

- Diskussion -

**5 Demonstration zur NPD-Kundgebung in Bonn am 24.10.1998**

8

Abschließender Bericht des Ministers für Inneres und Justiz

*(s. "Vor Eintritt in die Tagesordnung")*

**6 Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen 9**

hier: Benennung eines Mitgliedes des Beirats gem. § 9 Abs. 2 der Härterichtlinien

Vorlage 12/2209

Gegen den von Jürgen Jentsch (SPD) nach Rücksprache mit dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Köln unterbreiteten Vorschlag, es bei dem bisherigen Mitglied zu belassen, erhebt sich kein Widerspruch.

**7 Urteil des Verwaltungsgerichts Weimar (AZ: 4K 2386/96 We.) betr. Aufwandsentschädigung der Regierungspräsidentin von Detmold 9**

- Bericht des Innen- und Justizministers
- Diskussion
- Erklärung des Jamal Karsli (GRÜNE)

**8 Ermittlungen und Verfahrensstand in Sachsen Metin Kaplan, Möglichkeiten aufenthaltsbeendender Maßnahmen 12**

- Berichte von Mitarbeitern des Ministeriums für Inneres und Justiz
- Diskussion

\*\*\*\*\*

**Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens** greift ebenfalls auf die Diskussion in der vorausgegangenen Ausschußsitzung zurück: Er habe seinerzeit versichert, der Einsatz würde unter allen denkbaren Aspekten umfassend aufgearbeitet. Da sich diese Aufarbeitung aus der Sicht der zuständigen Polizeibehörde hier und da komplizierter gestalte als ursprünglich angenommen, sei sie im Gegensatz zu der in der letzten Sitzung geäußerten Einschätzung noch nicht abgeschlossen. Die routinemäßige Abschlußbesprechung mit den Beteiligten könne, so die Polizeibehörde Bonn, daher erst im Dezember stattfinden. Es mache also wenig Sinn, dem Innenausschuß unvollständige Zwischenerkenntnisse zu vermitteln.

Außerdem liege inzwischen eine sich täglich erhöhende Anzahl von Strafanzeigen zu dem Gesamtkomplex vor. Das heiße: Da das gesamte Geschehen möglicherweise Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen werde, könne und würde er in der Sache momentan ohnehin keine Auskünfte erteilen.

**Heinz Paus (CDU)** erkundigt sich, ob die - selbst in der Kritik stehende - Staatsanwaltschaft Bonn oder eine andere Behörde die Ermittlungen führe und ob es zutrefte, daß es Pannen im EDV-System gegeben habe.

Der **Vorsitzende** läßt mit dem Hinweis auf den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu erörtern, eine weitere Diskussion nicht mehr zu.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag spricht sich der Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion für eine Absetzung dieses Tagesordnungspunktes aus.

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300 und 12/3400  
Einzelplan 03 - Bereich Inneres -

Vorlagen 12/2213, 12/2265, 12/2320 und 12/2334  
Zuschriften 12/2200, 12/2108, 12/2154, 12/2178, 12/2278, 12/2279,  
12/2321, 12/2331, 12/2332 und 12/2344

**Heinz Paus (CDU)** erkundigt sich nach den Gründen für die massive Zusammenstreichung der Mittel für die soziale Betreuung von Flüchtlingen, danach, ob es sich um die übliche Spielwiese handele, auf der sich bestimmte Fraktionen dann jeweils mit Erhöhungen der Ansätze profilieren dürften, oder diese Reduzierung dem auch im GFG erkennbaren Trend

folge, der besage, daß sich das Land allmählich aus der Betreuung der Flüchtlinge zurückziehen wolle.

Unklar bleibe auch, woraus sich in diesem und im nächsten Jahr die Zentralen Ausländerbehörden - ZAB - finanzierten.

Was den Umgang mit der für den 19. November angekündigten Ergänzungsvorlage zum Haushalt betreffe, erwarte er - entgegen dem im letzten Jahr praktizierten Verfahren, als der Ausschuß ohne Wissen darum, welche Summe der Innenbereich überhaupt hätte einsparen sollen, abgestimmt habe - eine Mitteilung, was auf das Innenressort zukomme, damit die Abstimmung nicht auch in diesem Jahr zur Farce werde.

In diesem Zusammenhang interessiert Herrn Paus, ob sich mit Blick auf die Klage der CDU-Fraktion vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster, keine Zusammenführung der Ressorts Innen und Justiz vorzunehmen, Auswirkungen auf den jetzigen Etat zeigten, das heiße, eine Trennung, soweit sie im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehe, zunächst beibehalten werde.

Bezüglich der Zusammenlegung der Ressorts gelte, so **Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens**, die vom Ministerpräsidenten gegenüber dem Verfassungsgerichtshof abgegebene Erklärung. Inwieweit der Landtag sein Handeln ebenfalls - auch im Umgang mit bereits vorliegenden Vorlagen - daran ausrichte, bleibe ihm überlassen.

Die Ergänzung zum Haushalt unterbreite der Finanzminister erst am 17. November der Landesregierung. Ihr Inhalt sei den Ressorts bisher - bis auf deren eigene Anmeldungen - nicht bekannt.

Die Kürzung der Mittel für die soziale Betreuung der Flüchtlinge beruhe einfach auf der Notwendigkeit, in vielen Zuwendungsfelder Einschnitte vornehmen zu müssen, um einen den gesetzlichen Vorgaben und den politischen Vorstellungen der Landesregierung entsprechenden Etatentwurf aufzustellen; wenngleich er keinen Hehl aus seiner Einschätzung mache, es wäre gut gewesen, hätte man den Ansatz nicht nur überrollen, sondern sogar aufstocken können.

Als sehr positiv bewertet **LMR Sander (MLJ)** die Arbeit der psychosozialen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen: Sie habe zu einer Entspannung vor Ort und im Verhältnis zu den Flüchtlingen wesentlich beigetragen. Allein die Haushaltssituation zwingt zu einer Reduzierung des Ansatzes.

Was die Zentralen Ausländerbehörden betreffe, so reichten die veranschlagten Mittel zur Sicherung der Standorte aus. Die Senkung von 37 Millionen DM auf 30 Millionen DM basiere auf der vorgenommenen Schließung der ZAB in Münster und dem noch effektiveren Zusammenwirken der Behörden auf den Gebieten "Paßbeschaffung" und "Transport": Durch eine verstärkte Koordination fahre jetzt zum Beispiel nicht mehr ein Wagen nur mit einer Person besetzt zum Düsseldorfer Flughafen, sondern nehme weitere Personen aus anderen Bezirken mit.

**Maria Theresia Opladen (CDU)** hält die Einschmelzung des in Rede stehenden Ansatzes für die Betreuung auf nur noch 10 % der bisherigen Summe - obschon auch sie mit einer Erhöhung des Ansatzes im Rahmen der Beratungen durch Antrag einer Fraktion rechne; Stichwort: Spielwiese - aus dem Blickwinkel der Kommunen für untragbar: Sie sähen sich angesichts ihrer eigenen finanziellen Probleme außerstande, die von Herrn Sander richtigerweise als wertvoll beschriebene Arbeit fortzuführen. Das Land entziehe sich hier wieder einmal einer staatlichen Aufgabe und bürde sie den Gemeinden auf.

**Jamal Karsli (GRÜNE)** bittet, die Angelegenheit nicht nur aus kommunaler, sondern auch aus der Sicht der Flüchtlinge zu betrachten. In diesem Sinne hoffe auch er auf eine Aufstockung des Ansatzes.

**Jürgen Jentsch (SPD)** bedauert die Kürzung ebenfalls: Wegfallen würden 60 Stellen bei den Wohlfahrtsverbänden und die von den Stelleninhabern geleistete Arbeit. Deshalb werde die SPD-Fraktion sicherlich alles tun, um den alten Haushaltsansatz wieder zu erreichen.

**Theodor Kruse (Olpe) (CDU)** bezeichnet die Vorgehensweise, auf der einen Seite die Arbeit der Flüchtlingsbetreuung zu loben, die Gelder dafür auf der anderen mit dem schlichten Verweis auf eine haushaltstechnische Notwendigkeit um sage und schreibe 90 % zu kürzen, vor dem Hintergrund der dadurch in den Kommunen entstehenden Situationen für die Flüchtlinge, für die Bürger und für die Etats der Gemeinden als abenteuerlich.

**Minister Dr. Behrens** faßt die finanzielle Lage des Landes - sie gleiche damit der der öffentlichen Hand insgesamt - zusammen mit den Worten: Das Land könne sich das leisten, was seine gesetzliche Pflicht verlange, darüber hinaus freiwillig nur Prioritäten oder Posterioritäten setzen. Der Finanzminister - diesem Votum habe er, Behrens, sich beugen müssen - habe entschieden, den Bereich "Flüchtlingsbetreuung" zu den Posterioritäten zu zählen.

**Heinz Paus (CDU)** kommt noch einmal auf die Kürzung der Gelder für die Zentralen Ausländerbehörden zu sprechen: Dies erscheine ihm angesichts der sehr zeit- und arbeitsaufwendigen Aufgabe, Rückführungen vorzubereiten, als eine zweifelhafte Maßnahme.

Diesen Umstand habe man berücksichtigt, bemerkt **LMR Sander (MLJ)**, ansonsten der Ansatz bei ausschließlicher Einbeziehung der rückläufigen Flüchtlingszahlen noch weiter hätte vermindert werden müssen. Aber unbestritten habe sich der Schwerpunkt von der Erstaufnahme während der großen Asylbewerberströme in den Jahren 1991 bis Mitte 1993 jetzt verlagert auf die Rückführungen. Die vom Finanzminister zugebilligten 30 Millionen DM für diesen Zweck reichten aus, um in der Arbeit fortzufahren.

Das Land leiste den Kommunen im übrigen Hilfe durch Paßbeschaffungsmaßnahmen, durch Transporte zu den Botschaften, Vorführungen bei den Konsulaten, durch Gespräche, um überhaupt an Pässe heranzukommen.

**Heinz Paus (CDU)** moniert die erhebliche und mit dem "Markenzeichen" des Ministerpräsidenten nicht vereinbare Reduzierung der Zahl der Ausbildungsstellen und der Beamten im Vorbereitungsdienst.

**Minister Dr. Fritz Behrens** begründet dies hinsichtlich der Ausbildungsstellen mit dem vom Innen- und Justizressort in den nächsten Jahren zu realisierenden erheblichen Stellenabbau, was die Notwendigkeit nach sich ziehe, auch die Ausbildungsstellen zurückzuführen. Dennoch bilde man auch weiterhin - wie schon in der Vergangenheit im Rahmen der Ausbildungsoffensiven der Landesregierung - über Bedarf aus, allerdings in geringerem Umfange als bisher.

Eingehend auf die von Herrn Paus darüber hinaus angesprochene mögliche Differenzierung des Abbaus der Ausbildungsplätze nach dem Kriterium "Verwendungsmöglichkeit der Ausgebildeten in der freien Wirtschaft, ja oder nein", erläutert Dr. Behrens, eine Differenzierung erfolge zwischen den anwärtergespeisten Bereichen und den übrigen. Richtig sei, daß früher die Ausbildung in der Justiz eine Qualifikation für weite Felder der öffentlichen Verwaltung, aber auch der Wirtschaft verschafft habe. Ob dies auch noch für die ab 1. August dieses Jahres aufgrund der Strukturveränderung innerhalb der Justiz novellierte Ausbildung gelte, müsse sich noch erweisen.

**Heinz Paus (CDU)** macht auf den Widerspruch zwischen der gestrigen Ankündigung des Kabinetts, die Verwaltungsstrukturreform vorantreiben zu wollen, und der Halbierung des Ansatzes "Sächliche Verwaltungsausgaben der Steuerungsgruppe Verwaltungsstrukturreform" (s. S. 34 des Haushaltsplanentwurfs) aufmerksam.

Diese Kürzung läutet nach den Worten von **Minister Dr. Behrens** absolut keine Rücknahme des Prozesses ein und gebe keine Auskunft über die noch offene Frage seiner künftigen Organisation und Steuerung.

**Wilhelm Droste (CDU)** erkundigt sich, ob inzwischen ein unstrittiges Konzept für die Anschaffung neuen Fluggerätes, was die Ausbringung verbindlicher Ansätze rechtfertigte, existiere und, wenn ja, wo sich die haushaltsmäßigen Konsequenzen fänden bzw. ob der Haushalt eine finanzielle Umgestaltung zu diesem Zweck zuließe.



**Minister Dr. Behrens** beantwortet die Frage mit Ja und teilt mit, man habe mit dem Finanzminister für die zweite Ergänzung die entsprechenden haushaltsmäßigen Folgerungen erörtert und den Mittelbedarf angemeldet.

**Heinz Paus (CDU)** nimmt auf den Haushalt der Polizei Bezug und möchte wissen, ob der Haushalt der Budgetbehörden überrollt werde oder den für die übrigen Ansätze im Bereich Polizei geltenden Veränderungen unterliege.

Nach Auskunft von **MR Schneider (MLJ)** würden die Budgetbehörden in 1999 wie auch zuvor genauso behandelt wie die Kernhaushalte. Eine Änderung gebe es nur insofern, als man die Modellbehörden in 1999 um den Tarifbereich, sprich: den der Arbeiter und Angestellten, angereichert habe.

**Heinz Paus (CDU)** nimmt die auf Seite 178 etatisierten Baukosten für ein Polizeiausbildungsinstitut zum Anlaß für die Feststellung, daß deren Ausbringung mit Blick auf die Diskussion der letzten Sitzungen - Abbau der Ausbildungskapazität - nicht sofort nachvollziehbar erscheine.

**LMR Huylmans (MLJ)** begründet diese mit dem teilweise sehr schlechten Zustand der Liegenschaften und dem Erfordernis, die Bausubstanz trotz der erwähnten Überlegungen auf einem gewissen Niveau zu erhalten.

Mit dem Bau eines Objektes für den Polizeipräsidenten Köln werde aller Voraussicht nach im nächsten Jahr begonnen, teilt Herr Huylmans auf die Frage des **Heinz Paus (CDU)** hin mit.

## **2 Kindesmißbrauch und Kinderpornographie müssen als Verbrechen geächtet, effektiver verfolgt und wirksam bestraft werden**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/3404

Die Fraktionen benennen je ein Mitglied, daß die vom federführenden Hauptausschuß für Januar geplante Anhörung insofern begleiten soll, als es die Vorschläge des Innenausschusses betreffend Sachverständige und Fragen einbringen möge.